

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michlew.**  
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 22. Mai 1919. Nr. 220.

**Gemeinderat Huschauer gestorben.** GR. Johann Huschauer ist gestern Abend infolge einer Lungenentzündung plötzlich gestorben. GR. Huschauer verkündete sich anlässlich einer Reise behufs Weineinkaufes für die Gemeinde, bei welcher Gelegenheit er sich eine Verkühlung zuzog. GR. Huschauer ist am 27. April 1862 in Wien geboren, wurde zum ersten Male am 16. Mai 1906 vom 2. Wahlkörper des 3. Bezirkes und später am 2. Mai 1912 vom 1. Wahlkörper des 3. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet.

**Der Nachfolger des GR. Huschauer.** An Stelle des verstorbenen Gemeinderates Huschauer wird Gemeinderat Max Findenigg berufen werden.

**Maisgriss für Mindestbemittelte.** Mit Genehmigung des Volksernährungsamtes wird in der 103. Fürsorgeweche an alle Besitzer der rosafarbenen Bonkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch gegen Abtrennung des Abschnittes 18 für jeden Kopf des Haushaltes 1/4 kg Maisgriss zum ermässigten Preis von 1 Krone in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtere am folgenden Tagen abgegeben werden: Mittwoch, 28. d.M. A bis F, Freitag, 30. G bis K, Samstag, 31. L bis R und Montag 2. Juni S bis Z; den unentgeltlichen Speisestellen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstituten wird für die 110. Woche ebenfalls für jeden Kopf 1/4 kg Maisgriss durch die Grossschlächtere zur Verfügung gestellt.

**Höchstpreise für Kunsthonig und Zuckersirup.** Im Kleinverschleiss wurde der Preis für Kunsthonig beim losen Verkauf mit K 8.20 pro kg, beim Verkauf in Glasgefässen und Packeten mit K 8.20 pro kg, der Preis für Zuckersirup wurde mit K 7.90 pro kg festgesetzt.

**Bekämpfung der Rauch- und Staubplage.** Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage hielt vor einigen Tagen ihre diesjährige Generalversammlung ab, in welcher nach einem Amtrage des Präsidenten Ing. Dr. Wilhelm Exner einstimmig eine Entschliessung angenommen wurde, in der es u. a. heisst: In Erwägung, dass reine Luft zu den Grundlegenden menschlichen Gedeihens gehört, die Sicherung und Erhaltung dieses Lebenswichtigen Faktors also zum dringenden Gebote wird, in der weiteren Erwägung, dass die Verunreinigung unserer Atemluft mit den Produkten unvollkommener Verbrennung, insbesondere aber mit Strassenstaub nicht nur zur Erkrankung der Atmungsorgane, sondern auch zur Uebertragung von Ansteckungsstoffen Anlass gibt, sowie mit Rücksicht darauf, dass dadurch das Entstehen und die Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten, insbesondere

der Tuberkulose begünstigt wird, und dass der Kampf gegen dieselbe von allen Seiten ernsthaft geführt werden muss, fasst die Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage in ihrer heutigen Sitzung den Beschluss, ihre Organisation und ihre Einrichtungen im weitestgehenden Masse zu widmen und so ein besonders wirksamer Mitkämpfer gegen die Tuberkulose zu werden.

Löbliche Redaktion! Um freundliche Aufnahme vorstehender Notiz ersucht höflichst und mit verbindlichstem Danke

Exner.

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 22. Mai 1919. Nr. 221.

Wiener Gemeinderat.

Konstituierende Sitzung am 22. Mai 1919.

Heute nachmittags fand die konstituierende Sitzung des neuen auf Grund des allgemeinen und direkten Wahlrechtes gewählten Gemeinderates der Stadt Wien statt. Die Sozialdemokraten nehmen mehr als 3/5 der Sitze des Gemeinderatssitzungssaales ein, und zwar haben sie 95 von den 158 Plätzen auf der linken Seite des Hauses inne. Die 16 sozialdemokratischen Gemeinderätinnen sitzen unter ihren männlichen Kollegen verteilt, nur zwei, Amalie Seidel und Amalie Pölzer, sitzen in der 1. Reihe. Die Christlichsozialen nehmen den grössten Teil der zwei auf der rechten Seite des Saales befindlichen Keile ein. In der ersten und zweiten Reihe sitzen die 6 weiblichen Gemeinderatsmitglieder dieser Partei. Die Deutschnationalen haben ihre Plätze in der letzten Reihe am äussersten rechten Flügel. Die Tschechen sitzen in den beiden vorletzten Reihen, unmittelbar vor ihnen haben die jüdischnationalen Gemeinderäte ihre Sitze und in der Bankreihe vor ihnen sitzt der Vertreter der freiheitlich-bürgerlichen Partei Dr. Schwarz-Hiller. Die Präsidial-Estrade ist für den Bürgermeister, die drei Vizebürgermeister und die vier Schriftführer, von denen zwei der christlichsozialen und zwei der sozialdemokratischen Partei angehören, reserviert.

Schon vor Beginn der Sitzung waren die Gallerien des Sitzungssaales dicht besetzt. Die Sozialdemokraten betraten pünktlich, geschmückt mit roten Nelken, in geschlossenen Reihen den Saal. Nach ihnen erscheinen die Christlichsozialen mit weissen Nelken in den Knopflöchern. Die Deutschnationalen tragen Kornblumen, die Tschechen erscheinen mit einer roten Blume und dem Abzeichen von tschechischen roten Herz, die jüdischnationalen tragen blau-weiisse Abzeichen.

VB. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Als geschäftsführender Vizebürgermeister erkläre ich dem Gemeinderat für beschlussfähig und eröffne ich die Sitzung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der neu gewählte Gemeinderat ist, noch bevor er seine Tätigkeit beginnen konnte, in die unangenehme Lage versetzt, den Tode eines seiner Mitglieder zu beklagen. Herr GR. Hans Huschauer ist gestern an einer Lungenentzündung, die er

sich auf einer Dienstfahrtzugezogen hat, gestorben. Huschauer gehörte der Gemeindevertretung seit dem Jahre 1906 an und hat sich durch seine ruhige und sachliche Arbeit sowohl im Plenum, als auch in den zahlreichen gemeinderätlichen Ausschüssen, denen er angehört, allgemeine Wertschätzung erworben. Auch als Vorsitzender des Ortsschulrates für den 3. Bezirk hat GR. Huschauer verdienstlich gewirkt und wir werden dem Verbliebenen stets ein ehrenvolles Andenken bewahren. GR. Huschauer hat sich eine schwere Krankheit zugezogen in der Ausübung seines Dienstes, seines Mandates als Mitglied der Rathaukalkommission. Die Krankheit endete, kurz nachdem sie akquiriert wurde, mit seinem Tode. Der Mann ist also auf dem Felde der Arbeit gestorben und sie haben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben. Ich werde die Trauerkundgebung dem Protokoll der heutigen konstituierenden Sitzung des Gemeinderates einverleiten.

Als geschäftsführender Vizebürgermeister begrüsse ich Sie verbindlichst. Der Gemeinderat tritt auf Grund legaler Wahlen zusammen, womit das bisherige Provisorium ein Ende gefunden hat. Nicht mehr geduldet, sondern von dem Vertrauen der Bevölkerung der Stadt Wien getragene Vertreter haben heute ihren Einzug in den Wiener Gemeinderat gehalten. Die Revolution hat die Vorrechte einzelner Klassen und Stände zertrümmert und die Gleichheit des Wahlrechtes hat dem neuen Gemeinderat seine gegenwärtige Gestaltung gegeben. Ich begrüsse besonders die Frauen, die als gleich unter Gleichen durch den Willen der Bevölkerung hier in dem Saale, der für Sie viel zu lange verschlossen blieb, Sitz und Stimme haben.

Der Ernst der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation lässt eine frohe Stimmung nicht aufkommen; wir alle fühlen nur zu sehr, dass dieser furchtbarste aller Kriege und letzten Landes zur Unfreiheit zu verurteilen droht, uns zu beugen sucht unter das Joch imperialistischer Kapitalismen. Wenn wir trotzdem hoffend in die Zukunft blicken, so aus dem Grunde, weil wir unser Vertrauen auf die schaffenden Gehirte der arbeitenden Bevölkerung Wiens setzen, auf Kräfte, die schon so manchen Fessel zu sprengen wussten, die ihnen blinde Herrscheucht anlegte. Wir haben harte Arbeit zu leisten um die grossen Aufgaben zu lösen, die unser harren. Vor allem müssen wir strenge Ordnung in unsere Finanzen bringen, die zerrüttet sind. Wir haben den Bürokratismus zu beseitigen, der die Bevölkerung stets im Gegensatz zur Verwaltung brachte. Ein reiches Feld der Tätigkeit hat die Not der Zeit der städtischen Verwaltung eröffnet und ohne Zögern müssen wir dem Gebote der Stunde folgen. So wollen wir auch in diesem Saale unsere Tätigkeit aufnehmen.

Die Stadwahlbehörde hat die Wahl geprüft, die gewählten Gemeinderatsmitglieder haben die Annahmerklärung abgegeben. Die Konstituierung des Gemeinderates ist dadurch erfolgt.

Beurlaubt ist GR. Franz Hötzel auf die Dauer von vier Wochen und entschuldigt wegen Krankheit ist Frau GR. Amalie Seidel, sämtliche übrigen Gemeinderäte sind erschienen.

Der Vorsitzende verliest sodann die im Statut vorgeschriebene Angelobungsformel und bestimmt die GR. Foretner und Waldsam zu Schriftführern, welche nunmehr mit dem Niederschreiben beginnen.

Als GR. Fiala nach der alphabetischen Reihenfolge als erster tschechischer Gemeinderat aufgerufen wird, sagt er: Slibuji!

Darauf erhebt sich ein Sturm der Entrüstung bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen.

Zahlreiche Zwischenrufe erschallen aus ihren Reihen zu den Sitzen der Tschechen. Man hört in dem grossen Saal unter anderem die Rufe: Hinaus mit Euch! Wir reden hier deutsch! Das ist eine Provokation! Das lassen wir uns nicht gefallen! Das ist eine Schmach von Vertretern einer deutschen Stadt!

VB. Reumann: Die Verhandlungssprache ist die Deutsche. Wenn das Gelöbnis in der deutschen Sprache nicht abgelegt

ist, verliert der betreffende Gemeinderat das Mandat. (Demonstrativer Beifall bei den Christlichsozialen, Deutschnationalen und auf einem Teil der Gallerie) Ich fordere nunmehr den Herrn Gemeinderat auf, das Gelöbnis in der Verhandlungssprache abzugeben.

GR. Fiala: Slibuji, ich gelobe!

Heftige stürmische Zwischenrufe auf der rechten Seite des Hauses. Das gibts nicht! Ein Skandal so etwas! Hinaus mit Ihnen!

VB. Reumann: Das Gelöbnis ist in deutscher Sprache abgelegt worden. Die tschechischen Worte voran werden im Protokoll keine Aufnahme finden. Wir gehen weiter.

Die Angelobung wird nunmehr fortgesetzt. Der nächst tschechische Gemeinderat Hanza legt ebenfalls das Gelöbnis zuerst nur in tschechischer Sprache ab und fügt dem tschechischen Worte mit leiser, im Saale kaum verständlicher Stimme auch die deutsche Gelöbnisformel bei. Die nächsten tschechischen Gemeinderäte aber beharren zwar bei ihren Slibuji, legen aber die deutsche Gelöbnisformel in vernehmlicher Sprache ab. Dieser wiederholte Vorgang löst zum Schluss im Saale eigentlich nur mehr Heiterkeit aus.

VB. Reumann will nun zu den auf der Tagesordnung stehenden Wahlen schreiten.

Vorher erhält noch der deutsch-nationale Gemeinderat Feldmann zu einer Erklärung zur Geschäftsordnung das Wort. Er sagt unter wiederholtem lebhaften Beifall seiner Parteigenossen und der Christlichsozialen: Ich lege Verwahrung dagegen ein, dass Gemeinderäte, die auf das Programm der tschechischen Parteien gewählt worden sind zur Abgabe des Gelöbnisses zugelassen werden; falls sie ein solches aufrichtig ablegen, gehen sie des Vertrauens ihrer Wähler verlustig, die Zulassung zur Ausübung des Mandates ist somit eine Verhöhnung des Grund-

Wiens!

Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Aber was will der Frohaskal!

BGM. Reumann: Wir schreiten nunmehr zur Wahl der Vizebürgermeister.

Es wurden 160 Stimmzettel abgegeben, 5 waren leer. Es sind daher mit je 155 Stimmen zu Vizebürgermeistern gewählt: Georg Kemmerling, Franz Hoss und Max Winter.

VB. Kemmerling: Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Ich danke für das Vertrauen, das sie mir bewiesen haben, ich nehme die Wahl an. In tief ernster Zeit übernehmen wir die Verwaltung der Gemeinde und ich bin stolz, eine Funktion in der ersten sozialistischen Verwaltung der Stadt zu bekleiden und werde stets bestrebt sein, meine ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

VB. Hoss hielt folgende Ansprache: Indem ich für die auf mich entfallene Wahl zum Vizebürgermeister der Stadt Wien und das damit bekundete Vertrauen dem geehrten Gemeinderate, insbesondere aber meinen Parteifreunden herzlichst danke, erkläre ich hiemit, die Wahl anzunehmen. Ich bin mir dessen bewusst, dass ich mit der Annahme dieses Amtes eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe übernehme und dass es der Anspannung aller Kräfte bedarf, um die Pflichten erfüllen zu können, die unser in dieser so tief ernsten Zeit harren.

Wenn ich dennoch die Kraft in mir fühle, diesen Pflichten gerecht werden zu können, so werde ich hiebei von dem Bewusstsein getragen, dass nun jeder einzelne alles einsetzen muss, um seiner Vaterstadt und seinen Mitbürgern Hilfe aus Not und Bedrängnis zu bringen. Und fürs zweite stählt mich, wenn ich den Aufgaben der Zukunft mit Ruhe und Sicherheit entgegenblicken kann, die Ueberzeugung, dass diejenigen, welche der dornen- und opferreichen Weg der Gemeindeverwaltung während der letzten Jahre, insbesondere während der Leidensjahre des Krieges mitgemacht haben, wetterfest geworden sind und Mühsale und Hindernisse, die sich dem Wirken für das Gemeinwohl entgegenstellen, zu überwinden gelernt haben. Und wenn ich des schweren Kampfes gedenke, den die Gemeindeverwaltung in der vergangenen Zeit gegen Elend und Hunger und nur um das bisschen Leben von 2 Millionen Menschen zu führen hatte, dann liegt es mir auch in dieser feierlichen Stunde am Herzen, dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der nun von uns geschieden ist und der während dieser Zeit wohl mehr geleistet hat, als sonst ein Mann auf seinen Schultern zu tragen imstande ist, für seine nimmermüde Arbeit und beispielgebende Aufopferung, bei der er sich wirklich keine Ruhe des Tages oder der Nacht gegönnt hat, den innigsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Nun hat ein neuer Bürgermeister die Führung der Gemeindeverwaltung übernommen und ich werde, da ich von der früheren Majorität nunmehr allein eine Funktion im Gemeinderatspräsidium inne habe, ihm bezüglich alles dessen, was zu übernehmen ist, ein aufrichtiger und offener Treuhänder sein. Was immer ich von meinen bisherigen Erfahrungen, die ich durch langjährige und vielseitige Betätigung auf den verschiedensten Gebieten der Gemeindeverwaltung und der öffentlichen Wirtschaft überhaupt zu sammeln Gelegenheit hatte, im

Interesse der Stadt Wien verwerten kann, werde ich nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung stellen. Uns alle bewegt ja der eine grosse Gedanke der Wiederaufrichtung des Zerstörten, der Anbahnung einer besseren Zukunft für Stadt und Volk. In diesem Sinne wollen wir miteinander arbeiten in diesem Sinne werde auch ich, wenn ich zum Vorsitze im Gemeinderate, Stadtrate oder in einem Ausschuss bestimmt werde, die Verhandlungen nach dem Grundsätze vollkommener Objektivität leiten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkte einer Opposition um jeden Preis, wir wollen vielmehr alle Angelegenheiten, die zur Beratung gestellt werden, mit Gründlichkeit und Genauigkeit prüfen und werden Sie unseren Grundsätzen entsprechend in jenen Fällen unterstützen, die uns als geeignet erscheinen, unserer so schwer geprüften und darbenenden Bevölkerung Erleichterung zu bringen.

Als Richtschnur soll mir hiebei der Grundsatz dienen, dass allen arbeitenden und ehrlich erwerbenden Ständen das gleiche Recht und der gleiche Schutz gewährleistet werden muss. Ich nehme an, dass die Mehrheitspartei dieser berechtigten Forderung das volle Verständnis entgegenbringt und dadurch die Minderheitspartei in die Lage versetzt, nicht anderweitige Folgerungen bezüglich ihrer Haltung ziehen zu müssen. Und so hoffe ich vom Herzen, dass unserer Arbeit der von uns allen heiss ersehnte Erfolg beschieden sein möge.

VB. Winter: Geehrte Frauen und Herren! Auch ich danke Ihnen für die Wahl. Ich bin mir bewusst, dass es kein Ruhe- sondern ein Arbeitsposten ist, auf den mich die Wahl stellt, dennoch erkläre ich, dass ich es als das grösste Glück meines Lebens betrachte, auf diesen Posten gestellt zu werden. Ich werde arbeiten, soweit meine Kräfte reichen. (Bravo!)

Hierauf leisten die Vizebürgermeister die Angelobung.

BGM. Reumann beglückwünscht die Vizebürgermeister und bittet sie, ihn in seinem schweren Amte zu unterstützen und die Plätze am Präsidium einzunehmen.

Bei nun folgenden Wahlen der VSchriftführer werden 159 Stimmen abgegeben; hiervon sind 4 leer, daher 155 gültig gewählt erscheinen die Herren: Marie Book, August Forstner, Franz Huber, Anton Janzchik, Julius Jorda, Hans Waldsam und Gabriele Walter auf die gesetzliche Funktionsdauer von 1 Jahre.

Bei der Wahl für den Stadtrat werden 157, davon 4 leere abgegeben. Mit den 153 gültigen erscheinen gewählt: Ludwig Biber, Josef Bombeck, Hugo Breitner, Johann A. Breuer, Anton Davad, Dr. Heinrich Grün, Michael Haackl, Franz Haider, Josef Helmann, Hans Isler, Dr. Viktor Kienböck, Johann Körber, Quirin Korkda, Julius Linder, Josef Müller, Rudolf Müller (17. Bezirk), Karl Richter, Karl Runnelhardt, Dr. Gustav Scheu, Ing. Heinrich Schmid, Johann Schorsch, Annelie Seidel, Dr. Alga Seitz, Franz Siegel, Bohumil Sirotek (Tscheche), Paul Speiser, Alexander Täubler, Karl Vaugoin, Karl Weigel und Dr. Fritz Winter.

BGM. Reumann: Die Erklärung der neu gewählten Stadträte ist bereits schriftlich eingelangt und ich mache die Frauen und Herren Stadträte aufmerksam, dass bereits am morgigen Tage die erste Sitzung des neu gewählten Stadt-

rates stattfinden wird.

Hierauf werden noch die Wahlen in die gemeinderätlichen Kommissionen vorgenommen, deren Ergebnis in der nächsten Sitzung bekanntgegeben wird.

BGM. Reumann: Wir sind am Schlusse unserer heutigen Sitzung angelangt. Vorher hat sich noch der Obmann des Gemeinderätlichen Bürgerklubs zu einer Erklärung gemeldet.

GR. Kunschak: Wie einstens auf Golgatha die römischen Soldaten um das Kleid des zum Tode verurteilten Heilandes würfeln, so wird jetzt in Paris von den siegestrunkenen Vertretern der Entente um das Leben einer Nation gewürfelt, die dem Kulturleben der ganzen Welt die mächtigsten Impulse und die unvergänglichen Werke gegeben. Gegenüber diesem dramatischen Werden eines neuen Abschnittes der Weltgeschichte tritt wohl das Ereignis, dessen Teilnehmer wir in dieser Stunde sind, an Bedeutung zurück. Es bleibt aber noch immer gross genug, um das Interesse zu rechtfertigen, welches ihm weit über den Rahmen der Stadt hinaus entgegengebracht wird.

Fast ein Vierteljahrhundert ist es her, dass ein ähnliches Ereignis, die Uebernahme der Wiener Gemeindeverwaltung durch die christlichsoziale Partei, Gegenstand allseitigen Interesses gewesen war. Die Zeitspanne, die seit diesem Tage abgelaufen ist, umschliesst die Periode des Aufstieges der Stadt Wien zur Weltstadt in des Wortes schönster Bedeutung. Nicht kann es uns in diesem Augenblicke verübelt werden, wenn wir mit stolzer Genugtuung der Arbeit gedenken, die unsere Partei in diesem Zeitraume geleistet hat und freudigen Herzens auf die Erfolge dieser Arbeit vorweisen. In Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht heute das Problem der Sozialisierung. Die Staatsregierung hat der Nationalversammlung eine Reihe von Gesetzentwürfen unterbreitet, durch welche die Sozialisierung in die Wege geleitet werden soll. Die Gemeinde Wien ist unter christlichsozialer Verwaltung schon seit dem Jahre 1895 dem Sozialisierungsgedanken nähergetreten, sie begann diese ihre Arbeit mit dem Kampfe gegen die englische Gasgesellschaft. Seither ist die Sicht- und Kraftversorgung durch Gas und Elektrizität zwar ohne Kommunalisierungsgesetze, aber dennoch in glücklichster Weise kommunalisiert worden, ebenso auch das Strassenbahnwesen. Der Nationalversammlung liegt ein Gesetz betreffend die Errichtung von gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften und Anstalten, unsere Partei hat lange vorher schon diese neue Wirtschaftsform praktisch in die Gemeindeverwaltung eingegliedert; die Vonwiller Mühle und die Kohlenbergbauunternehmung in Dzieditz sind Marksteine auf diesem Wege. Gestern hat der Vertreter des Staatskanzlersamens der Regierung verkündet, dass der Kohlenbergbau sozialisiert werden wird. Die Stadt Wien hat in dem schrecklichen Winter, der hinter uns liegt schätzen gelernt, den Wert des städtischen Kohlenbergbaues in Zillingsdorf, der uns vor der Einstellung des Strassenbahnverkehrs bewahrt hat.

In seiner Antrittsrede hat der neue Landeshauptmann von Niederösterreich die Kommunalisierung der gewerbs-

mässigen Stellenvermittlung gefordert; wir übergeben ihnen die bereits bis zum paritätisch verwalteten Arbeitsamt ausgebaute Städtische Arbeits- und Dienstvermittlung. Also auch in diesem Punkte hinkt das moderne Pragdamtagas hinter den in der Wiener Gemeinderverwaltung geschaffenen Tatsachen nach.

All den Sozialisierungsmassnahmen der Gemeinde dienen aber nicht als Vorspann die heute bereits zum Gemeingut der öffentlichen Meinung gewordene Sozialisierungsidee, die musste durchgesetzt werden gegen volkswirtschaftliche Fehler und Vorurteile, im Kampfe mit einer parteipolitischen Kritik, die selbst vor der abscheulichsten Verdächtigung nicht zurückschreckte.

Man spricht jetzt sehr viel von erforderlichen und geplanten Massnahmen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, der Jugend- und Kinderfürsorge. Wo immer die Tätigkeit der neuen Mehrheit einsetzen wird, um den durch den Krieg in Masslose gesteigerten Bedürfnissen Rechnung zu tragen, überall und immer wird sie auf die tragfähigen Grundlagen und wertvollen Vorarbeiten stossen, die durch die Umsicht und Tatkraft der bisherigen christlichsozialen Gemeindeverwaltung geschaffen worden sind. Nicht mehr handelt es sich in diesem Belange darum durch ungepflegtes Gelände Wege zu bahnen, sondern nur darum die Wege auszuweiten und auszustatten. In diesem Zusammenhange darf ich darauf verweisen, dass die christlichsoziale Gemeindeverwaltung zum Zwecke der Sicherstellung der beiden wichtigsten Elemente - reine Luft und gesundes Wasser - durch Schaffung von zahllosen Parkanlagen, des Wald- und Wiesengürtels und der zweiten Hochquellenleitung das menschenmöglichste geleistet hat. Die Frage der Wasserversorgung welche der Gemeindeverwaltung durch zwei Jahrzehnte hindurch überaus ernste Sorgen bereitet und die sanitären Verhältnisse der Stadt unter ständiger Bedrohung gehalten hat, ist auf Jahrzehnte hinaus in einer, jeder Kritik entrückten Weise gelöst worden.

In den Jahren der christlichsozialen Gemeindeverwaltung ist auch derer nie vergessen worden, die mit ihrem Fleisse, ihrer Hingabe und sachlichen Befähigung das Rückgrat jeder Verwaltung bilden, der Angestellten der Gemeinde. Die Tatsache, dass der Wiener Gemeindebeamte in jeder Beziehung besser gestellt erscheint, als sein Kollege in der Staatsverwaltung, ist unter christlichsozialer Herrschaft zur Wahrheit geworden, wie auch mir mit der Schande aufgeräumt haben das tausende städtischer Angestellter unter Berufung auf den Mangel gesetzlicher Vorschriften ohne Anspruch auf Krankenversicherung und Altersversorgung ihren Dienst zu leisten hatten.

4

Die Achillesferse in der christlichsozialen Gemeindeverwaltung wollen die Gegner gefunden haben und zwar die Einen in unserer Schulpolitik, die Anderen in unserem Verhalten in der Wahlrechtsfrage und wieder Andere in der Finanzlage der Gemeinde. Dass wir den materiellen Bedürfnissen der Schule und ihrer Organe unter Beistellung riesiger Mittel zu befriedigen getrachtet haben kann, auch die leidenschaftlichste Kritik nicht bestreiten; dass wir an der durch das Reichs-Volksschulgesetz festgelegten Verpflichtung der Schule zu sittlich-religiöser Erziehung der Kinder festgehalten haben, kann man uns vom Standpunkte einer anderen Weltanschauung zum Vorwurfe machen, das war aber auch in aller Zukunft nicht abhalten der Anschauung treu zu bleiben, dass nur ein durch die Auswirkungen der religiösen Charakterbildung zur höchsten Entfaltung seiner sittlichen Kräfte befähigtes Volk die Vorbedingungen wahren und dauerndes Glückes in sich trägt.

Was unser Verhalten in der Wahlrechtsfrage anlangt, so verweise ich auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Zeit des Eintrittes unserer Partei in den Gemeinderat und auf die Verhandlungen welche schon im Jahre 1917 über die Reform des Gemeindevahlrechtes von uns eingeleitet worden sind. Das wir bei diesen Verhandlungen den Gesetzen der Evolution folgten, können sie uns umso weniger zum Vorwurfe machen, als sie ja selbst bereit waren mit diesen Gesetzen zu kompromittieren. Dass das Gesetz der Revolution weitgehender Grundlagen des Gemeindevahlrechtes schuf, ist ebenso wenig ihr als unser Verdienst.

Ein kurzes Wort noch zur Finanzlage der Gemeinde. Man wirft uns die Schulden der Gemeinde an den Kopf und sucht die Dinge in tendenziöser um nicht zu sagen in böswilliger Absicht so darzustellen, als ob die Schulden leichtsinnig und über das Maß des Notwendigen und Zulässigen hinaus von uns kontrahiert worden wären. Ich stelle fest dass die schlechte Finanzlage der Gemeinde nicht im Schuldenstande liegt, sondern in dem sprunghaft ansteigenden Anforderungen bei gleichzeitiger Rückbildung der Steuermöglichkeit. Den Schulden die von uns in der Vorkriegszeit gemacht worden sind, steht die Erhöhung des Gemeinvermögens durch Mehrung des immobilien Besizes und die Schaffung produktiver Unternehmungen als Aktivpost gegenüber. Ich stelle weiters fest, dass noch vor Jahresfrist die Gemeindefinanzen als geordnete bezeichnet werden konnten. Die schwierige Lage im Gemeindehaushalt steht zeitlich in Verbindung mit dem Zusammenbruche der alten Monarchie, welcher die schwersten volkswirtschaftlichen und finanziellen Erschütterungen im Gefolge hatte. Für die wie ich hoffe vorübergehende schwierige Finanzlage der Gemeinde die christlichsoziale Partei verantwortlich machen wollen, das zeigt von einem völligen Verkennen von Ursache und Wirkung, das ist ein Trogschluss, der dem zum größeren Schaden gereichen kann, der der vergifteten Pfeil einem Köcher entnommen.

In meinem Rückblick auf die bisherige christlichsoziale Gemeindeverwaltung will ich auch eine persönliche Note einfließen lassen. Die christlichsoziale Partei

hat der Stadt Wien vier Bürgermeister gegeben, darunter den größten Bürgermeister der mit starker Hand, festen Entschluss und glühende Liebe seiner Vaterstadt unvergängliche Dienst geleistet hat - Dr. Karl Lueger! - Der zweite Name den ich nennen will, lautet Dr. Richard Weiskirchner, es ist der Nemeses Kriegsbürgermeisters. Wir die diesen Mann an der Arbeit gesehen haben, Freund und Gegner, wir verbeugen uns in dankbarer Wertschätzung vor seiner schier übermenschlicher Arbeitsleistung. Ob Weiskirchner in Allem und Jedem das richtige getroffen hat, darüber wird eine spätere Zeit mit weniger Leidenschaftlichkeit und mehr Objektivität ihr Urteil abgeben, dass er das Beste und nur Gutes für Wien gewollt und dafür seine besten geistigen und physischen Kräfte aufgewendet, dass er der Stadt in der schwersten Zeit die je über die gekommen ist in hingebungsvoller Treue gedient hat, das ist jetzt schon unbestrittene Wahrheit. Dafür diesem Manne habe wo er nicht mehr auf dem Bürgermeisterstuhle sitzt innigen Dank zu sagen, dass ist nicht Freundschaftsdienst, sondern Bürgerpflicht!

So nehmen wir, die wir nun mehr in diesem Saale zur Minderheitspartei geworden sind, Abschied von unserer bisherigen arbeits- aber auch erfolgreichen Stellung als herrschende Partei im Wiener Gemeinderat; wovon wir aber nicht Abschied nehmen, das ist die Verpflichtung zur weiteren Arbeit. Die öffentliche Meinung bezeichnet uns als Oppositionspartei. Wir lehnen diese Bezeichnung und die damit zugesagte Rolle ab. Wir bleiben was wir bisher gewesen sind und wollen nichts anderes sein - eine Arbeitspartei die nur ein Ziel kennt - das Wohl der Stadt, das Glück und die Wohlfahrt aller ihrer Bewohner. Ob wir das auch werden sein können und bis zu welchem Grade und Zeitpunkte, das meine Frauen und Herren von der Mehrheitspartei, das wird so widerspruchsvoll diese Behauptung erscheinen mag, von Ihnen bestimmt. Zwei Dinge sind es, die von Ihnen zu fordern wir uns berechtigt und verpflichtet halten. Ehetens objektive Prüfung und Würdigung unserer Beweggründe und unserer Handlungen; zweitens im Sinne ihres eigenen Programmes Freiheit der Meinungsäußerung nicht nur für uns hier in diesem Saale, sondern auch draussen in den städt. Aemtern und Betrieben, in welchem sich derzeit die Versuche mahnen, unsere Anhänger durch Drohungen und Gehaltsanwendung mundtot zu machen. Die Koalitionsfreiheit darf im städt. Dienste nicht zur inhaltslosen Phrase werden. Hinsichtlich unseres Programmes brauche ich mich in Details nicht einlassen. Die allgemeinen Richtlinien für unsere Tätigkeit sind gegeben in unserer bisherigen Betätigung. Unser Programm erhellt aus der Geschichte der Entwicklung und des Aufstieges der Stadt seit 1895.

Gesetz unserer alten erprobten und bewährten Grundsätzen gehen frohen Mutes an die Arbeit und vertauschen das bittere Brot der Mehrheit mit dem schmackhafteren der Minderheit. Schwächer an Zahl geworden besselt uns doch die gleiche, innige Liebe, zu unserer Vaterstadt, wie zuvor. In dieser Liebe wollen und werden wir ihr rastlos dienen auf dass sie wieder werde, eine glückliche Stadt und bleibe wie durch die Jahrhunderte hin so auch in aller

Zukunft eine deutsche Stadt.

Heil und Segen unserem Wien!  
Die Ausführungen des Gemeinderates Kunschak werden von seinen Parteigenossen wiederholt mit stürmischen Beifallskundgebungen unterbrochen.

OGM. Reumann: Zu einer Erklärung der jüdischnationalen Partei erteile ich Herrn GR. Dr. Ehrlich das Wort.

GR. Dr. Ehrlich: Wir sind als Angehörige des jüdischen Volkes in den Gemeinderat gewählt worden. Wir legen Wert darauf zu betonen, dass unserem Nationalismus jeder aggressive und chavinstische Charakter fehlt und dass er nicht beabsichtigt und auch nicht geeignet ist, der deutschen Charakter dieser Stadt zu beeinträchtigen ebensowenig wie er in anderen Nationalstaaten eine Änderung an deren Charakter herbeizuführen anstrebt. Wir wollen lediglich als treue Söhne des jüdischen Volkes in unseren Bemühungen um die Erhaltung und Pflege unseres Volkstums und dessen kultureller Güter nicht behindert werden, wir wollen die uneingeschränkte und tatsächliche Gleichberechtigung genießen und als Juden ohne jede Zurücksetzung vollgültige Bürger der d.S. Republik und der Stadt Wien sein. Wir verweisen auf die Beschlüsse der sozialistischen Internationale in Stockholm, Bern und Amsterdam, wo unsere nationalen Forderungen namens des Proletariates der ganzen Welt anerkannt wurden. Als Mitglieder dieses Gemeinderates wollen wir dahin wirken, dass Wien gross und angesehen, eine Stätte fruchtbarer Arbeit, des Gewerfleisses und Handels ein Sammelpunkt künstlerischen und wissenschaftlichen Schaffens bleibe, sich durch gute städtische Einrichtungen auszeichne und den Ruf der Gastfreundschaft wieder erwerbe. Als Angehörige eines Volkes, das seine nationale Gemeinschaft auszugestalten erst im Begriffe ist und deshalb alle sozialen Schichten in seinem Lager sammeln muss, werden wir im Geiste der vielrausendjährigen sozialen Tradition unseres Volkes für jeden sozialen Fortschritt eintreten, die Ungerechtigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung bekämpfen und unsere Kräfte für eine wahrhaft soziale Verwaltung dieser Stadt einsetzen.

G-R. Ernstner gibt nachstehende Erklärung ab: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch uns obliegt es als den Vertretern der deutschnationalen Partei in Wien in der heutigen Sitzung eine Erklärung abzugeben. Sie brauchen nicht zu denken, dass wir als chauvinistische Partei hier eingezogen sind. Chauvinismus liegt uns vollkommen fern. (Rufe: Das hat sich ja heute gezeigt.) Wir wollen für den deutschen Charakter Wiens einstehen jetzt und immer dar und dabei muss ich bedauern, dass der deutsche Charakter der Stadt Wien heute so wenig betont worden ist. Wien wird mit Ausnahme von Zuzüglern von Deutschen bewohnt und das verpflichtet uns, ohne Ausnahme der Parteizugehörigkeit den deutschen Charakter zu wahren. Ich appelliere daher auch an die Sozialdemokraten deutscher Zunge, die ja auch eine deutsche Mutter hatten und in einem Winkel ihres Herzens ein Gefühl für das deutsche Volk haben, dass sie sich ihres deutschen Ursprunges bewusst sein sollen und

dass sie, wenn es erforderlich ist auch dafür eintreten, daß Wien deutsch bleibt. Dasselbe ist unsere Erklärung, die ich im Namen der deutschnationalen Partei abzugeben habe. Im übrigen werden wir in wirtschaftlicher Beziehung mit allen Parteien ohne Unterschied mitarbeiten zum Wohle unserer deutschen Vaterstadt damit diese blühe und gedeihe.

GR. Machat gibt namens seiner tschechischen Kollegen folgende Erklärung ab: Anlässlich unseres Eintrittes in das Wiener Rathaus erachten wir als Vertreter der tschechoslovaken als unsere erste Pflicht, nachdrücklichst gegen das unmoralische und anderswo nirgends mögliche Gelöbnis zu protestieren (Oho Rufe, GR. Untermüller: Sie hätten es ja nicht abgeben brauchen), daß der Wahrheit und Ueberzeugung eines bedeutenden Teiles der Wiener Wählerschaft widerstrebt das ist gegen das Gelöbnis betreffend die Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien. Dies ist eine Vergewaltigung unseres Gewissens. Wir waren der Meinung, dass durch den Krieg die alte Welt getroffen wurde und doch soll im Wiener Rathaus der alte Geist nationalen Hasses und bürgerlicher Ungleichheit weiter herrschen. Die Fassung des Gesetzes betreffend die Veränderungen des Gemeindestatutes der Stadt Wien erfolgten in der provisorischen Landesversammlung, in welcher Ihre Aktionären und nationalchauvinistischen Parteien die Mehrheit besaßen und wir erwarten, dass die neue Majorität des n.Ö. Landtages diesen Passus sowohl, als auch die Bestimmung über die deutsche Verhandlungssprache abschaffen wird. (Lebhafte Protestrufe) Die Wahl von drei Landtagsabgeordneten, 8 Gemeinde- und 41 Bezirksräten tschechischer Nationalität in Wien ist der schlagendste Beweis für die Unhaltbarkeit dieses die gewählten Vertreter einer bedeutenden Minderheit der Tschechen in unmoralischer Weise vergewaltigenden Gelöbnisses. Als Sozialisten sind wir stets auf der Seite der wirtschaftlich schwachen und Bedrückten. Wir werden alle Aufträge, die auf die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Schichten der Wiener Bevölkerung abzielen unterstützen und sind bereit, überall dort Hand anzulegen, und mitzuwirken, wo es das Interesse des kleinen Mannes erheischt. Aber als Tschechoslovaken erachten wir als unsere erste und heiligste Pflicht, in dieser Ratsstube die nationalen Rechte der tschechischen Bevölkerung Wiens zu verteidigen. Wir reklamieren für die Kinder tschechische Eltern tschechische Volksschulen in allen Wiener Bezirken in der dem Bedarf entsprechenden Zahl (GR. Untermüller: Sie bekommen in jeder Gasse eine Schule!) Wir fördern tschechische Bürgerschulen, dann eine tschechische Mittelschule, Handelschule und Mädchenfachschule, die Errichtung einer tschechischen Gewerbeschule, sowie eine hinreichende Anzahl tschechischer Fortbildungsschulen. Eine ewige Kulturschande Wiens ist es, dass die Gemeinde sich mit allen Mitteln der Brüffung tschechischer Schulen widersetze, obwohl es ihre Pflicht gewesen ist, diese Schulen zu errichten. I

5

zu errichten. In der tschechoslovakischen Republik wurde nach dem Umsturze selbst in Frage keine einzige Schule geschlossen und es ist dort für die kulturellen Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung gesorgt. Meinen Sie ihren barbarischen Standpunkt (Lebte O ho Rufe. GR. Unter- müller: Verhungern haben Sie die deutschen Kinder lassen!) Bauern zu behaupten und den Schulunterricht der tschechischen Kinder in deren Muttersprache verhindern können. Als selbstverständlich betrachten wir in einer demokratischen und gerecht verwalteten Gemeinde, dass bei jedem der magistratischen Gemeindeämter mindestens 1 Beamter (GR. Josef Müller: Na was denn!) eingeteilt werde, der die tschechische Sprache beherrscht und den Verkehr, der des Deutschen nicht kundigen tschechischen Bevölkerung mit den Magistratsbehörden erleichtert. Wir fördern die Eröffnung eines Krankenhauses für die tschechischen Patienten (GR. Unter- müller: Die Tschechen müssen ja anders kuriert werden!) mit tschechischen Ärzten und Pflegepersonal, damit nicht wie bisher durch das gegenseitige Nichtverstehen der Sprache statt Hilfe geleistet, nur unabwendbares Unglück verursacht werde. Wir erwarten, dass der Magistrat kulturellen Bedürfnissen des tschechischen Volkes bei Veranstaltung von Theatervorstellungen, Konzerten, Vorträgen, Versammlungen, Errichtung eines eigenen tschechischen Theaters keine Hindernisse bereiten wird, ebenso wie erwartet wird, dass das unerhörte Verbot des Anklebens tschechischer Plakate an den Mauerecken abgeschafft werde.

Ueber Aufforderung des Gemeinderates Kumbhak ver- lassen die christlichsozialen Gemeinderäte den Saal, die drei deutschnationalen Gemeinderäte schlossen sich an

Wir hoffen, dass der Gemeinderat sowie der Stadtrat bei den sozialen- und humanitären Massnahmen auch gegenüber der Wiener tschechischen Bevölkerung gerecht vorgehen werde und keine Parteilichkeit dort walten lassen, wo das Herz nicht der gehässigen Nationalismus zu spreche hat. Umstände haben es verursacht, dass wir an die Stadt Wien, dieser ehemaligen Haupt- und Residenzstadt der zerfallenen Österr. ung. Monarchie, gefesselt sind, diesen mächtige Entwicklung auch den schwierigen Händen der tschechischen Arbeiterschaft, dem Schaffen tschechischer Handwerks- und Gewerbetreibenden und ebenso den tschechischen Gelde das jahrelang in Gestalt von Steuern und Abgaben hier- floss, zu danken ist. Wir stellen uns bedingungslos auf den Boden der deutschösterreichischen Republik und ihrer Gesetze, aber wir fordern, dass wir nicht wie bisher seitens der Deutschen Oesterreichs, die nun auch für sich das Selbst- bestimmungsrecht der Nationen in Anspruch nehmen ungegen nationale Vergewaltigung sich wehren, als Vertreter einer Zahl nach starker Minorität der Wiener Tschechoslovaken wollen wir nach Kräften dahin wirken, dass das Schicksal dieser unglücklichen Stadt sich günstiger gestalten und er-

warten, dass unsere Bestrebungen namentlich bei der gegenwärtigen sozialistischen Mehrheit des Gemeinderates Ver- ständnis bezeugen werde.

G-R-Macher schließt seine Rede mit einigen Sätzen in tschechischer Sprache.

Bgm.Reumann: Die Verhandlungssprache ist die deutsche. Ich entziehe Ihnen das Wort.

G-R-Klimesch: Wir haben Euch zur Republik verholfen, ohne uns wäre noch der alte Karren da.

Die Christlichsozialen erscheinen wieder im Saale.

Bgm.Reumann erbitet die Zustimmung die Gebühren für die gewählten Funktionäre im bisherigen Ausmass vorläufig anzuweisen. Es wird dagegen keine Einsprache erhoben.

Damit ist die heutige konstituierende Sitzung zu Ende.

+++

Bürgermeister Reumann ist im Jahre 1853 in Wien geboren. Er war lange Zeit Redakteur der Arbeiterzeitung. In den Jahren 1900, 1906 und 1912 wurde er vom 4. Wahlkörper des 10. Bezirkes in den Gemeinderat gewählt. Im Dezember 1917 wurde er in den Stadtrat und ein Jahr später, anlässlich der Konstituierung des provisorischen Gemeinderates zum Vizebürgermeister gewählt.

V.-Bgm. Emmerling: ist im Jahre 1870 in Wien geboren. Er ist der Sohn eines Webers aus dem Egerlande und erlern- te vorerst die Meerscham- und Bersteinarbeiten. Er besucht die höhere Fachschule dieses Gewerbes und wurde in der Fortbildungsschule mit einem Preise für künstlerische Arbei- ten ausgestattet. Nach Abschluss der Lehrzeit ging Emmerling ins Ausland und zwar zuerst nach Frankreich, dann nach Deutschland und von dort nach England, wo er überall längere Zeit verweilte. Nach 2½ jährigen Aufenthalten im Ausland kam er nach Wien zurück, leistete seiner Militär- zeit Folge und trat dann als Beamter bei der Krankenkasse ein. Von dieser Stelle wurde Emmerling zum Leiter des Kon- sumvereines Vorwärts berufen. Im Jahre 1902 übernahm er als leitender Direktor die Führung der Geschäfte in der Druckerei Vorwärts und der Arbeiter Zeitung. Bei den Wahlen im Jahre 1912 wurde Emmerling vom 4- Wahlkörper des 2-Bezirk- kes in den Gemeinderat entsendet und vom provisorischen Gemeinderat im Dezember 1918 in den Stadtrat gewählt. Während der Kriegszeit war Emmerling auch als Vizepräsident des Wirtschaftsverbandes der Zeitungsunternehmen und im der Verbandsleitung des Kriegsverbandes der Gel- und Fett- industrie wirtschaftlichpolitisch tätig. Sein Haupttätigkeit auf kommunalem Gebiete werden die Ernährungsfragen sowie die mit der Lebensmittelversorgung im allgemeinen zusammen- hängenden Fragen bilden.

Vizebürgermeister Franz Hoss wurde im Jahre 1866 in Wien geboren. Er genoss kaufmännische Vorbildung, war kurze Zeit hindurch in verschiedenen Arbeitszweigen tätig, zog sich aber bald ins Privatleben zurück. Sein Interesse an den Vorgängen des öffentlichen Lebens liess ihm aber keine Ruhe

und er widmete seine Tätigkeit den öffentlichen Aemtern. Im Jahre 1895 bis zur Einverleibung der Donaugemeinden in die Stadt Wien gehörte er dem Bezirksamtsrat an und wurde im Jahre 1898 zum Vizebürgermeister von Floridsdorf gewählt. Nach der Einverleibung Floridsdorfs wurde er zum Vizebürgermeister in dem Gemeinderat und Stadtrat gewählt, wo er ein reges Interesse und eine vielseitige Tätigkeit entfaltete. Seit dem Jahre 1905 ist er Mitglied des Gemeinderates und er wurde im Mai 1910 zum 3. Vizebürgermeister und im Juni 1917 zum zweiten Vizebürgermeister der Stadt Wien gewählt. Seit Jahren war Vizebürgermeister Hoss Finanz- referent der Gemeinde, als welcher sich um die Stadt Wien grosse Verdienste erworben.

Vizebürgermeister Max Winter, welcher am 9. Jänner 1870 in Wien geboren wurde, betrat bereits im Jahre 1889 die journalistische Laufbahn und damit sein Wirken im öffentli- chen Leben. Im Jahre 1911 wurde Max Winter in der Stichwahl im 9. Bezirke gegen Dr. Weiskirchner in den Reichsrat gewählt dem er seither angehörte. Bei der Konstituierung des provisorischen Gemeinderates im Dezember v.J. wurde Winter in den Gemeinderat kooptiert und in der Sitzung vom 3. Dezember in den Stadtrat gewählt. Bei den Wahlen in die Nationalversammlung bewarb sich Max Winter um kein Mandat mehr, sondern kandidierte für die Wahl am 4. Mai bloss für den Landtag und Gemeinderat, für den er auch gewählt wurde. Max Winter betätigte sich bereits frühzeitig auf kommunal- politischem Gebiete, zwar nicht als Mitglied von irgend welchen Körperschaften, sondern bearbeitete dieses Feld sei- ner Tätigkeit auf journalistische und schriftstellerische Wege. Aus dieser Zeit stammen auch die Bücher Max Winter's von denen einige auch nachhaltige lokalhistorische Interessen erweckten, wie seine Schrift „Im dunkelsten Wien“ „Das unterirdische Wien“, in welcher letzterem er das Leben und Treiben jener Existenzen in eindruckvoll packenden Skizzen schilderte, die ihre Heimstätte in den Kanälen Wiens aufgeschlagen haben. Ein anderes Buch „Das goldene Wien Hezz“ behandelt ebenfalls Wiener Fragen. Weiters schrieb Max Winter eine Reihe von sozialpolitischen Schriften und Studien, so über die Glasarbeiter im Isergebirge, über die Porzellanarbeiter im „Porzellanlände“, über die Schick- salse der Böhmerwaldbauern, welche letzteres Werk unter dem Titel „Die Blutsauger des Böhmerwaldes“ erschien. Auch als dramatischer Schriftsteller war Max Winter tätig und ein vieraktiges Volkstück aus seiner Feder „Die Bettel- leute“ gelangte vor mehr als 10 Jahren am Raimundtheater zur Aufführung, während ein zweites Stück „Die gesunde Person“ das er zusammen mit Stefan Grossmann schrieb, am Deutschen Volkstheater unter der Direktion Weisse zur Aufführung kam.

Die Spezialgebiete Winter's in kommunalpolitischer Beziehung bilden die Wohnungsfrage, sowie Fürsorge- und Erziehungsfragen.

----- +++ -----